Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
10.08.2010
Ausschussbetreuender Fachbereich
Angelegenheiten der Gemeindeverfassung
Schriftführung
Christian Ruhe
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Donnerstag, 20.05.2010

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:02 Uhr - 18:55 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A **Öffentlicher Teil**

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 25.03.2010 - öffentlicher Teil**
0238/2010

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

5. **Erklärung der Stadt Bergisch Gladbach gegen ausbeuterische Kinderarbeit**
0232/2010

6. **Annahme von Schenkungen des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.**
0224/2010

7. Regionale 2010 - Projekt RegioGrün „Entlang der Strunde“
0193/2010

8. Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2009 in das Haushaltsjahr 2010
0248/2010

9. Konjunkturpaket II - Verwendung der Restmittel
0244/2010

10. Finanzplanung 2010
- Unterstützungsantrag der Caritas
0119/2010

11. Einwohnerfragestunde
0242/2010

12. Vorschlag für die Bestellung von Mitgliedern des Integrationsrates in die Ausschüsse
0113/2010

13. Entsendung von Mitgliedern des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen in verschiedene Ausschüsse
0159/2010

14. Entsendung von Mitgliedern des Seniorenbeirates in verschiedene Ausschüsse
0243/2010

15. Verwaltungsausschuss bei der Agentur für Arbeit; Neuberufung der Mitglieder für die 12.Amtsperiode ab 01.07.2010
0230/2010

16. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen
16.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 03.05.2010 zur Umbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann sowie im Infrastrukturausschuss
0246/2010

17. Anträge der Fraktionen
17.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 23.02.2010 zur Finanzlage der Stadt
0245/2010

17.2 Antrag der Stadtratsfraktion Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach, einen Arbeitskreis „Haushaltskonsolidierung“ einzurichten
0219/2010

18. Anfragen der Ratsmitglieder

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Urbach eröffnet die sechste Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der achten Wahlperiode.

Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die heutige Sitzung haben sich Herr Dr. Bernhauser, Herr Maas (beide CDU-Fraktion), Herr Lang und Herr Sirmasac (beide Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB)) entschuldigt. Von Seiten der Verwaltung ist Frau Fahner entschuldigt. Außerdem fehlen Herr Orth und Herr Dr. Winzen (beide SPD-Fraktion).

Herr Urbach benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 07.05.2010 mit den dazugehörigen Vorlagen,
- die aktualisierte Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.05.2010, der in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses modifizierten Erklärung zur Bekämpfung der ausbeuterischen Kinderarbeit (modifizierte Anlage zur Vorlage Nr. 0232/2010, TOP A 5), dem vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) zur Finanzlage der Stadt (Vorlage Nr. 0245/2010, TOP A 17.1) sowie dem Vorschlag (Vorlage Nr. 0251/2010), die Tagesordnung im nicht öffentlichen Teil um den Punkt „Ehrung mit der Ehrennadel in Silber nach der städtischen Ehrungssatzung“ (Vorlage Nr. 0252/2010) zu erweitern sowie einer schriftlichen Anfrage der Fraktion Freie Wähler mit der Antwort der Verwaltung (Vorlage Nr. 0256/2010, TOP A 18) als Tischvorlage.

Herr Urbach lässt daraufhin über die Vorlage Nr. 0251/2010 – Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Ehrung mit der Ehrennadel in Silber nach der städtischen Ehrungssatzung“ im nicht öffentlichen Teil abstimmen und schlägt vor, die Vorlage als TOP B 4.a in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 48 Absatz 1 Satz 5 GO NRW um den Tagesordnungspunkt „Ehrung nach der Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach“ im nicht öffentlichen Teil wird beschlossen. Die Vorlage wird als TOP B 4.a in die Tagesordnung aufgenommen.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 25.03.2010 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 25.03.2010 - öffentlicher Teil

0238/2010

Herr Urbach verliest die folgende Aktualisierung des Durchführungsberichtes:

Zu TOP 24
Bebauungsplan Nr. 1431 - Kempener Straße Paffrath
- Beschluss der Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung
0034/2010
und
Zu TOP 25
Bebauungsplan Nr. 52a und 52b – Schlossstraße
- Aufhebungsbeschluss als Satzung
0037/2010
Die Satzungen wurden am 13.05.2010 öffentlich bekannt gemacht.

Der Rat nimmt den schriftlichen Bericht und die verlesene Aktualisierung zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zum Tode von Herrn Horst Neuhäuser

Herr Urbach teilt mit, dass Herr Horst Neuhäuser am gestrigen Tage verstorben sei. Die in der Sitzung des Rates am 25.03.2010 beschlossene Ehrung von Herrn Neuhäuser mit der Ehrennadel in Gold habe auf Grund seiner sehr schweren Erkrankung nicht mehr vorgenommen werden können. Herr Neuhäuser habe sich in vielen Bereichen ehrenamtlich engagiert; unter anderem als Vorsitzender des Strundorfer Heimatvereins, als Vizepräsident und Präsident des Bundes deutscher Karneval im Regionalverband Rhein-Berg, als Präsident der Karnevalsgesellschaft Schlader Botze, als Vorstandmitglied der Vereinigung zur Erhaltung und Pflege des heimatlichen Brauchtums, als Betriebsratsmitglied bei der Firma M-real/Zanders und als Beauftragter der Arbeitnehmer im Prüfungsausschuss für den Ausbildungsberuf Papiermacher der IHK zu Köln sowie als stellvertretender Vorsitzender dieses Ausschusses. Herr Urbach dankt Herrn Neuhäuser im Namen von Rat und Verwaltung für sein außerordentliches Engagement zum Wohle der Stadt Bergisch Gladbach.

Der Rat gedenkt Herrn Neuhäuser in Anerkennung seiner Leistungen und in Würdigung seiner besonderen Verdienste in einer Schweigeminute.

Mitteilung zur Bepflanzung des Driescher Kreisels

Herr Urbach dankt den anwesenden Initiatoren der in einer privaten Aktion vorgenommenen Bepflanzung des Driescher Kreisels im Namen der Stadt Bergisch Gladbach, der Verwaltung und des Rates, die derartige Initiativen ganz ausdrücklich begrüßen würden. Die Stadt werde diese Bürgerinitiative nach ihren Möglichkeiten unterstützen; dazu gehöre selbstverständlich auch die Pflege und Bewässerung der Bepflanzung. Dieser Dank gelte auch allen Paten, die sich um die Pflege städtische Anpflanzungen kümmern.

Mitteilung zum Stadtentwicklungs- und Gewerbekonzept

Herr Urbach erläutert, das Büro Planungssozietät aus Dortmund sei mit der Bearbeitung des Stadtentwicklungs- und Gewerbekonzeptes beauftragt worden, woran auch andere Büros, unter anderem das Büro Planquadrat, beteiligt seien. Mit dem Konzept solle eine Grundlage für eine Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes erstellt sowie Leitlinien für die räumliche Entwicklung in den nächsten 15 bis 20 Jahren definiert werden. Es sei unter anderem Aufgabe, die Stadt für künftige

Herausforderungen, wie den demografischen Wandel und Strukturwandel, aufzustellen. Dabei seien als Schwerpunkte das Aufzeigen von Entwicklungsperspektiven und Qualifizierungspotentialen für die gesamte Stadt und die einzelnen Stadtteile sowie die Profilierung als Wirtschaftsstandort und die Entwicklung von Gewerbeflächen aufgegeben. Das Ziel des dazu zu erstellenden Gewerbekonzeptes sei es, Möglichkeiten aufzuzeigen, dem wirtschaftlichen Strukturwandel und dem Mangel an verfügbaren Gewerbeflächen entgegen zu wirken. Bei der Auftaktveranstaltung sei dazu als Zielvorgabe für die nächsten Jahre „15 ha neue Gewerbeflächen" benannt worden. Das Konzept solle in einem intensiven Dialog zwischen Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung mit Einbindung aller betroffenen Fachplanungen erarbeitet werden. Die nächsten Schritte seien der Beginn der Bestandsaufnahme durch das Büro Planungssozietät, die Analyse dessen und in Kürze eine komplette Gewerbeflächenerhebung unter Mitwirkung des Büros Planquadrat sowie eine Unternehmensbefragung. Die jeweiligen Termine würden in der Presse mitgeteilt. Der Arbeitskreis Stadtentwicklung tage erstmals am 09.07.2010.

Mitteilung zu noch fehlenden Auskünften der Rats- und Ausschussmitglieder über ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach der Ehrenordnung

Herr Urbach teilt mit, es lägen noch nicht alle Auskünfte der Rats- und Ausschussmitglieder über ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach der Ehrenordnung vor. Die betreffenden Rats- und Ausschussmitglieder sollten dies kurzfristig nachholen und könnten sich bei Unsicherheiten an den Bürgermeister wenden. In der nächsten Ratssitzung werde er die Namen der Rats- und Ausschussmitglieder, die die Auskünfte bis dann noch nicht erteilt haben, verlesen.

Mitteilung zur Einrichtung einer Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft

Herr Urbach erläutert, die Auftaktveranstaltung zur Einrichtung einer Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft könne erst nach den Sommerferien stattfinden.

Der Rat nimmt die vorgetragenen Mitteilungen zur Kenntnis.

5. Erklärung der Stadt Bergisch Gladbach gegen ausbeuterische Kinderarbeit

0232/2010

Herr Urbach weist auf die vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlene Modifizierung der Erklärung zur Bekämpfung der ausbeuterischen Kinderarbeit hin. Die entsprechend geänderte Erklärung, über die der Rat heute entscheiden solle, sei den Ratsmitgliedern als Tischvorlage vorgelegt worden.

Frau Beisenherz-Galas äußert die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu der modifizierten Erklärung. Sie sei froh, dass der Rat in der heutigen Sitzung endlich eine Erklärung gegen ausbeuterische Kinderarbeit beschließe.

Herr Mömkes äußert die Zustimmung auch der CDU-Fraktion zu der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses. Die CDU-Fraktion erwarte jedoch, dass in der kommenden Sitzung des Vergabeausschusses Konkretisierungen für die weitere Arbeit auch in der Vergabeordnung vorgenommen würden.

Herr Waldschmidt erläutert, die vorliegende Erklärung sei überfällig und die SPD-Fraktion erwarte, dass nun nach Jahren endlich die entsprechenden vergaberechtlichen Richtlinien geändert würden.

Herr Urbach entgegnet, dies sei Bestandteil der Tagesordnung der Sitzung des Vergabeausschusses. Die Unterlagen lägen den Ausschussmitgliedern bereits vor.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **modifizierten Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beauftragt den Bürgermeister, die der Vorlage als Anlage beigefügte Erklärung gegen ausbeuterische Kinderarbeit mit folgenden Änderungen zu unterzeichnen und öffentlich für die Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit zu werben:

Die Definition für ausbeuterische Kinderarbeit – „jegliche Arbeit, bis zum 18. Lebensjahr, die die Gesundheit, die Sicherheit und die moralische Entwicklung von Kindern gefährdet" – wird in die Erklärung aufgenommen.

Der Halbsatz „wann immer es möglich ist" im vierten Absatz der Erklärung wird gestrichen.

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach appelliert an Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, Waren zu bevorzugen, die ausbeuterische Kinderarbeit ausschließen.

6. <u>Annahme von Schenkungen des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.</u>
0224/2010

Herr Urbach erläutert, der Verschönerungsverein habe in der Zeit vom Jahr 1980 bis zum Jahr 2001 Maßnahmen in Höhe von 710.000,- DM und seit dem Jahr 2002 bis heute Maßnahmen in Höhe von 115.900,- EUR zu Gunsten der Stadt Bergisch Gladbach durchgeführt. Ein großer Teil dieser Mittel sei in den Erhalt des Rathauses Gladbach geflossen.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die nachfolgend genannten Schenkungen des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V. werden mit besonderem Dank entgegengenommen:

1. **Restaurierung der geschmiedeten Eisengitter an den Fenstern linksseitig des Eingangs zum Ratskeller des Rathauses Gladbach und**
2. **Konservierungsarbeiten am Hildebrandbrunnen.**

7. <u>Regionale 2010 - Projekt RegioGrün „Entlang der Strunde"</u>
0193/2010

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Flächen für die Projektbausteine „Pulvermühle", „Infrastrukturmaßnahme Eulenburg-Gut Schiff", „Parkband Campus Gronau" und „Herrenstrunden" werden gemäß beigefügten Umgrenzungen nach § 171b Baugesetzbuch als Stadtumbaugebiet festgelegt.

8. <u>Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2009 in das Haushaltsjahr 2010</u>
0248/2010

Herr Urbach erläutert, die Verwaltung habe in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses darauf hingewiesen, dass es sich bei den in der Anlage 2 aufgeführten Aufträgen in der Regel um noch nicht abgeschlossene Baumaßnahmen handele. Zudem sei in der Sitzung darauf hingewiesen worden, dass die Formulierung in der Anlage 1 zur Sanierung Turnhalle und Schwimmbad Mohnweg

„Aufgabe der Maßnahme“ so geändert werde, dass deutlich wird, dass das Schwimmbad erhalten bleibt.

Der Rat fasst daraufhin unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderungen einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2009 in das Haushaltsjahr 2010 im Kernhaushalt 100 entsprechend der Anlage 1 der Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Bei der Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2009 in das Haushaltsjahr 2010 im Wirtschaftsplan Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung verzichtet der Rat auf eine Vorberatung im Infrastrukturausschuss und nimmt diese entsprechend der Anlage 2 der Vorlage zur Kenntnis.

9. Konjunkturpaket II - Verwendung der Restmittel

0244/2010

Herr Waldschmidt bittet um getrennte Abstimmung über die beiden Ziffern des Beschlussvorschlages. Die SPD-Fraktion sei nach wie vor verwundert, dass dieser Tagesordnungspunkt vor der Entscheidung über die Bücherei Bensberg behandelt werde. Die SPD-Fraktion sei natürlich nicht grundsätzlich gegen die Verwendung der Restmittel im Sinne der Ziffer 2. des Beschlussvorschlages, sondern vertrete die Auffassung, dass vor einer Verwendung der Mittel ein erneuter Beschluss des Rates bzw. des Ausschusses erfolgen solle.

Herr Urbach entgegnet, der Rat habe in der vergangenen Sitzung beschlossen, die Mittel nicht für die Bücherei Bensberg zu verwenden und müsse sich daher nun über die alternative Verwendung Gedanken machen.

Herr Santillán schließt sich den Ausführungen von Herrn Waldschmidt an und fragt, warum in der Vorlage nicht genau erläutert worden sei, wofür die für die Grundschule Concordiaweg vorgeschlagenen Mittel verwendet werden sollen. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) halte es für sehr verwunderlich, dass nach einer beauftragten Maßnahme zusätzlich 20.000,- EUR zur Verfügung gestellt werden müssen.

Herr Urbach verweist auf die Vorlage, in der es heiße, dass die Kosten der Fassadensicherung an der Gemeinschaftsgrundschule Concordiaweg über den bisher zugedachten Ansatz hinausgehen würden.

Herr Santillán fragt ergänzend, warum dies so sei.

Herr Schmickler antwortet, mit den bisherigen Mitteln könne nur ein Teil der dort sinnvollen Maßnahmen abgewickelt werden. Es sei ein wesentlich höherer Betrag nötig, um die gesamte Fassade nicht nur zu sichern, sondern um diese auch mit einer vernünftigen Dämmung zu versehen. Die bisher bereitgestellten Mittel seien nur ein Teil der an dieser Stelle sinnvollen Investitionen.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. **Die bisher für die Bücherei Bensberg zurückgestellten Restmittel aus dem Konjunkturpaket II werden wie folgt verwendet:**

   - **Mehrkosten Sportplatz Herkenrath (Stützmauer): 18.000,- EUR**

- **Mehrkosten bzw. unaufschiebbare Sicherungskosten Fassade Gem.-Grundschule Schildgen – Concordiaweg 20.000,- EUR**

- **Unaufschiebbare statische Aufbesserung Kath. Grundschule Frankenforst, Taubenstraße 162.000,- EUR**

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) folgenden **Beschluss**:

2. **Die Verwaltung wird ermächtigt, im Rahmen der Zuwendungsbestimmungen verwendungsfreie Restmittel aus abgeschlossenen Förderprojekten des Konjunkturpaketes II in Bergisch Gladbach für die statische Aufbesserung der Katholischen Grundschule Frankenforst und die Fassadensicherung der Gemeinschaftsgrundschule Schildgen zu verwenden.**

10. <u>Finanzplanung 2010</u>
<u>- Unterstützungsantrag der Caritas</u>
0119/2010

Herr Urbach erläutert, dass vor einer Auszahlung der Gelder die Zustimmung der Kommunalaufsicht einzuholen sei, da es sich um freiwillige Leistungen handele.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. **Dem Antrag des Caritasverbandes für den Rheinisch-Bergischen Kreis e.V. auf einen Zuschuss in Höhe von 500,- EUR wird zugestimmt.**
2. **Der Antrag Herrn Farbers, für das Projekt „Hilfe für Migrantenkinder an Grundschulen“ 2.500,- EUR vorzusehen, wird angenommen.**

11. <u>Einwohnerfragestunde</u>
0242/2010

Herr Urbach weist darauf hin, dass die Vorlage versehentlich als nicht öffentlich bezeichnet worden sei. Es handele sich selbstverständlich um eine öffentliche Vorlage. Die Verwaltung habe aus Kostengründen darauf verzichtet, die Vorlage erneut zu kopieren und den Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen, die Korrektur im Ratsinformationssystem aber vorgenommen.

Herr Urbach erläutert, es läge eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vor. Er verliest und beantwortet daraufhin die folgenden Fragen:

1. Frage von Herrn Hoffmann:

Herr Hoffmann fragt zum Bahndamm zwischen Gladbach und Bensberg, ob der Verwaltung bekannt sei, weshalb die Schienen an der neuen Krüger-Halle getrennt und gestapelt worden seien.

Antwort des Bürgermeisters:

Herr Urbach antwortet, eine Nachfrage der Verwaltung beim Eigentümer des Bahndamms, der Deutschen Bahn, sei noch nicht beantwortet worden. Vermutlich seien die Schienen im Zuge einer größeren Vermögensbereinigung bei der Gründung der Deutsche Bahn AG getrennt worden. Bei Vorliegen weiterer Informationen werde die Verwaltung ergänzend berichten.

2. Frage von Herrn Hoffmann:

Herr Hoffmann fragt, ob der Stadt alle Grundstücke des Bahndamms von Gronau bis zur Kölner Straße gehören würden.

Antwort des Bürgermeisters:

Herr Urbach antwortet, der Bahndamm und die vorhandenen Aufbauten seien Eigentum der Deutsche Bahn AG.

3. Frage von Herrn Hoffmann:

Herr Hoffmann fragt, ob die Stadt ihre finanzielle Situation verbessern könne, indem sie die nicht mehr benötigten Schienen des Bahndammes an Schrotthändler verkaufe.

Antwort des Bürgermeisters:

Dies wird von Herrn Urbach mit der Begründung verneint, dass die Schienen Eigentum der Deutsche Bahn AG und nicht der Stadt seien.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

12. **Vorschlag für die Bestellung von Mitgliedern des Integrationsrates in die Ausschüsse**
0113/2010

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die folgenden Mitglieder des Integrationsrates werden als sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner in die Ratsausschüsse entsandt:

Herr Ekue Adjano als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss und Herr Kemal Kalkan als sein Stellvertreter

Herr Senel Karakus als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr und Herr Fabian Theodor Schütz als sein Stellvertreter

Frau Bedriye Kara als beratendes Mitglied in den Planungsausschuss und Herr Kemal Kalkan als ihr Stellvertreter

Herr Bülent Iyilik als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann und Herr Dirk Cromme als sein Stellvertreter

Herr Saim Basyigit als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport und Herr Ekue Adjano als sein Stellvertreter

13. **Entsendung von Mitgliedern des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen in verschiedene Ausschüsse**
0159/2010

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. **Frau Claudia Breuer-Piske wird zum Mitglied mit beratender Stimme des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport bestellt.**
2. **Frau Regina Eberhardt wird zum Mitglied mit beratender Stimme des Planungsausschusses bestellt.**

14. <u>Entsendung von Mitgliedern des Seniorenbeirates in verschiedene Ausschüsse</u>
0243/2010

Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

A. Der Rat verzichtet auf eine Vorberatung im zuständigen Fachausschuss.

B. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach entsendet folgende Mitglieder des Seniorenbeirates als sachkundige Einwohnerinnen bzw. sachkundige Einwohner in die nachfolgend genannten Ausschüsse:

1. **in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr:**
   Herr Wolfgang Kohlschmidt als beratendes Ausschussmitglied und
   Herr Herbert Theisen als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied
2. **in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport:**
   Frau Heide Luck als beratendes Ausschussmitglied und
   Frau Christel Burghardt als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied
3. **in den Planungsausschuss:**
   Herr Hans Steinbach als beratendes Ausschussmitglied und
   Herr Wolfgang Kohlschmidt als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied
4. **in den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann:**
   Herr Herbert Theisen als beratendes Ausschussmitglied und
   Frau Brigitte Prinz als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied
5. **in den Infrastrukturausschuss**
   Herr Hermann Becker als beratendes Ausschussmitglied und
   Frau Margret Brosch als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied

15. <u>Verwaltungsausschuss bei der Agentur für Arbeit; Neuberufung der Mitglieder für die 12.Amtsperiode ab 01.07.2010</u>
0230/2010

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) und einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

Für die am 01.07.2010 beginnende 12. Amtsperiode des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit wird als gemeinsamer Vorschlag der Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel vorgeschlagen.

16. <u>Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen</u>
16.1 <u>Antrag der CDU-Fraktion vom 03.05.2010 zur Umbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann sowie im Infrastrukturausschuss</u>
0246/2010

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird angenommen.

17. Anträge der Fraktionen

17.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 23.02.2010 zur Finanzlage der Stadt

0245/2010

Herr Urbach erläutert, der Haupt- und Finanzausschuss habe dem Rat einstimmig empfohlen, den Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB), der der Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung als Anlage beigefügt sei, zu beschließen. Unter der Voraussetzung, dass nach dem Prüfungsergebnis eine Verletzung des Kernbereiches der kommunalen Selbstverwaltung vorliegt, hatte die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) beantragt, unverzüglich Verfassungsklage zu erheben. Dieser Antrag sei vom Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zurückgezogen worden. Der Rat solle heute über die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses entscheiden.

Herr Santillán erläutert, die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) habe den Änderungsantrag der FDP-Fraktion in ihren Antrag übernommen und den zweiten Teil ihres Antrages zurückgezogen. Dieser könne nach dem Vorliegen des Prüfungsergebnisses gegebenenfalls erneut gestellt werden.

Herr Ziffus weist darauf hin, dass Untersuchungen ergeben hätten, dass drei Viertel des Defizits der Stadt Hagen „hausgemacht“ seien und damit nichts mit mangelnder Finanzierung übertragener Aufgaben zu tun hätten. Dies treffe in diesem Verhältnis wohl auch auf die Stadt Bergisch Gladbach zu. Der Rat habe in der Vergangenheit viele Fehler begangen, indem die Haushalte der Stadt Bergisch Gladbach nicht vernünftig finanziert wurden, vor Allem nicht in ausreichendem Maße Abschreibungen erwirtschaftet worden seien. Die nun anfallenden Investitionen seien in der Vergangenheit schlicht versäumt worden.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Stadt Bergisch Gladbach ermittelt die wesentlichen Aufwendungen (Kosten) der Stadt Bergisch Gladbach, die auf Bundes- und Landesgesetze zurückzuführen sind und stellt sie den Landeszuweisungen gegenüber. Insbesondere sind dabei jene Aufgaben zu betrachten, die unmittelbare Landeszuweisungen erhalten.

17.2 Antrag der Stadtratsfraktion Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach einen Arbeitskreis „Haushaltskonsolidierung“ einzurichten

0219/2010

Herr Urbach erläutert die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses. Er selbst werde sich in Abhängigkeit von seinen zeitlichen Möglichkeiten natürlich auch in dem Arbeitskreis mitarbeiten.

Herr Waldschmidt erläutert, dass es in der Pflicht der Verwaltung liege, Vorschläge in den Arbeitskreis einzubringen, die dieser dann bewerten und diskutieren solle. Der Arbeitskreis solle nicht selbstständig Vorschläge erarbeiten. Darüber habe im Haupt- und Finanzausschuss Konsens bestanden und dies solle daher bei der Beschlussfassung berücksichtigt werden.

Herr Urbach entgegnet, es sei natürlich auch niemandem verboten, Vorschläge zu entwickeln.

Herr Santillán äußert die Befürchtung, dass im Arbeitskreis nur über Kürzungs- und Einsparmöglichkeiten diskutiert werde, und die Hoffnung, dass dort auch kreative Überlegungen zur Verbesse-

rung der Finanzlage angestellt würden. Dabei müsse es sich nicht um Kürzungen handeln. Er betont, dass der Arbeitskreis keine Entscheidungen treffen könne; dies dürfe nur im Haupt- und Finanzausschuss und im Rat geschehen.

Herr Dr. Fischer widerspricht der Auffassung der SPD-Fraktion. Die Ratsmitglieder und die Fraktionen sollten sehr wohl eigene Vorschläge in den Arbeitskreis einbringen. Selbstverständlich sei der Arbeitskreis ein reines Beratungsgremium.

Herr Nagelschmidt entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Santillán, der Arbeitskreis trage die Bezeichnung Arbeitskreis „Haushaltskonsolidierung“. Eine Haushaltskonsolidierung werde selbstverständlich Kürzungen mit sich bringen.

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, die Ratsmitglieder sollten sich von der Bezeichnung des Arbeitskreises nicht blenden lassen, denn eine Haushaltskonsolidierung sei auf die Schnelle eigenständig nicht zu erreichen. An der förmlichen Gestaltung des Arbeitskreises lasse sich klar erkennen, dass es sich um ein ergänzendes Beratungsgremium handele, in dem Verwaltung und Politik gemeinsam beraten würden. Er lege jedoch Wert darauf, dass die Bürgerschaft in geeigneter Weise über aktuelle Diskussionen informiert und an diesen auch über die Möglichkeit der Einreichung eigener Vorschläge beteiligt werde.

Herr Galley entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Nagelschmidt, der Arbeitskreis solle nicht nur Kürzungen beraten, sondern auch darauf achten, künftige Ausgaben so zu gestalten, dass diese einen Mehrwert abwerfen. So sei zum Beispiel für den Jugendbereich nachgewiesen, dass gegenwärtige Ausgaben zu künftigen Einsparungen führen würden.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Es wird ein Arbeitskreis „Haushaltskonsolidierung“ eingerichtet. Der Arbeitskreis tagt nicht öffentlich. Ihm sollen unter der Leitung des Kämmerers der Leiter des Fachbereiches Finanzen und je drei Mitglieder der CDU-Fraktion, zwei Mitglieder der SPD-Fraktion und jeweils ein Mitglied der übrigen im Rat vertretenen Fraktionen angehören. Für die Mitglieder des Arbeitskreises werden persönliche Stellvertreterinnen/Stellvertreter benannt. Auf eine Erstattung von Sitzungsgeldern und Aufwandsentschädigungen für diesen Arbeitskreis wird von den Mitgliedern verzichtet.

18. Anfragen der Ratsmitglieder

Herr Urbach erläutert, die schriftliche Anfrage der Fraktion Freie Wähler zum Flächennutzungs- und Bebauungsplan „Saaler Mühle“ sei mittels der Vorlage Nr. 0256/2010 schriftlich beantwortet worden. Diese Vorlage sei den Ratsmitgliedern als Anlage zur Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung überreicht worden.

Frau Hammelrath: Anfrage zu Kettners Weiher

Frau Hammelrath fragt, ob es zutreffe, dass Herr Schmickler einem Mitglied des Landtages die Auskunft erteilt habe, dass die Stadt Überlegungen anstelle, ob in Bezug auf Kettners Weiher Sanierungsarbeiten durchgeführt oder die Fläche eventuell als Wendepunkt für Fahrzeuge genutzt werden könne.

Herr Schmickler antwortet, er könne sich nicht erinnern, in Bezug auf Kettners Weiher überhaupt eine Aussage abgegeben zu haben; erst recht nicht im Sinne der Anfrage. Die in der Frage formulierte Aussage sei nicht zutreffend.

Herr Galley: Anfrage zur Sanierung Mohnweg

Herr Galley erläutert, bereits im Haushalt 2009 seien Mittel für die Planung und Sanierung der Turnhalle und des Schwimmbades am Mohnweg vorgesehen. Mit den Bauarbeiten hätte ursprünglich zu den Sommerferien letzten Jahres begonnen werden sollen, was aus verschiedenen Gründen nicht geschehen sei. Er bittet um eine chronologische Darstellung der Ereignisse, die dazu geführt haben, dass die Bauarbeiten zum Zeitpunkt der Haushaltssperre noch nicht begonnen worden seien; wenn möglich mit den Namen der entsprechenden Entscheider. Herr Galley bittet um eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Dies wird von Herrn Urbach zugesagt.

Herr Hoffstadt: Anfrage zum Gebäude Krantz TKT

Herr Hoffstadt fragt, was die Untersuchung des Gebäudes Krantz TKT auf seine Brauchbarkeit für die Stadtverwaltung gekostet habe. Aus der Auflistung solle beispielsweise auch hervorgehen, wie viele Mitarbeiterstunden und welche Gutachterkosten angefallen seien. Er vermute, dass die Kosten der Untersuchung über die unter TOP A 10 beschlossenen Beträge hinausgehen würden und es sei daher wichtig, dass den Ratsmitgliedern die Kosten dargelegt würden. Herr Hoffstadt bittet um eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Dies wird von Herrn Urbach mit dem Hinweis zugesagt, dass die Beantwortung der Anfrage wiederum Kosten verursache. Das Gutachten habe Kosten in vierstelliger Höhe verursacht.

Herr Hoffstadt erläutert, die Zahlen könnten auch überschlägig ermittelt werden.

Herr Kreutz: Anfrage zur Anschaffung von Blackberry-Smartphones

Herr Kreutz fragt, ob der Bürgermeister plane, Blackberry-Smartphones anzuschaffen und wenn „Ja“, in welchem Umfang und zu welchen Kosten. Zudem bittet er um Darstellung der technischen Umsetzung.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung beschäftige sich mit dem Thema, weil diese Technologie sehr arbeitsökonomisch sei. Die Zahl der anzuschaffenden Smartphones liege unter 15; diese würden den Fachbereichsleitern, den Wahlbeamten und zwei bis drei weiteren Beschäftigten angeboten. Eine Darstellung der damit verbundenen Kosten werde er nachreichen. Er selbst habe ein solches Gerät privat und wolle diese Arbeitserleichterung auch für die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltungsleitung einführen.

Frau Beisenherz-Galas: Anfrage zum Baumkataster

Frau Beisenherz-Galas fragt, ob die Verwaltung mit der Erstellung eines Baumkatasters begonnen habe und wenn „Ja“, wann dieses fertig gestellt werde.

Herr Kremer antwortet, die Verwaltung habe diesbezüglich Kontakt mit der Stadt Rösrath aufgenommen, die schon mit der Erstellung eines Baumkatasters begonnen habe. Die Verwaltung habe außerdem recherchiert, dass im Bergisch Gladbacher Stadtgebiet 2093 Bäume über die Bebauungspläne geschützt seien. Die Erstellung eines Baumkatasters sei rechtlich nicht einfach. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr wolle die Verwaltung eine Aussage zu der Sache treffen.

Frau Schundau: Anfrage zur Stadtbeleuchtung

Frau Schundau erläutert, am 28.04.2010 habe in Bielefeld eine Veranstaltung der Energieagentur NRW zum Thema „Moderne Stadtbeleuchtung für NRW“ stattgefunden, bei der es nicht nur um die Aspekte der Lichtmanagementsysteme, sondern auch um die Möglichkeit der Herstellung von Kooperationsmodellen mit externen Partnern gegangen sei. Die Veranstaltung sei für die Vertreter von Kommunen und Kommunalverwaltungen ausgelegt gewesen. Sie fragt, warum kein Vertreter der Stadtverwaltung an der Veranstaltung teilgenommen habe. Sie weist darauf hin, dass am 02.06.2010 in Bonn eine ähnliche Veranstaltung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen stattfinden werde.

Herr Schmickler antwortet, die Verwaltung bekomme durchschnittlich sicherlich jede Woche eine Einladung zu einer Veranstaltung dieser Art und es sei schlicht nicht möglich, alle diese Veranstaltungen zu besuchen. Die Verwaltung beschäftige sich seit vielen Jahren sehr intensiv mit der Thematik und entsende demnächst auch selbst einen Mitarbeiter als Referenten zu einem derartigen Seminar. Aus der Nichtteilnahme an dem Seminar dürfe daher nicht auf Desinteresse geschlossen werden. Die Verwaltung warte derzeit auf die Reaktion des Landes zur Finanzierung des Ratsbeschlusses über die Straßenbeleuchtung. Finanzierungsmodelle, in die Dritte eingebunden seien, würden aber immer zu Problemen bei der Beitragserhebung und auch dazu führen, dass sich der Einspareffekt für die Stadt verringere.

Frau Schundau: Anfrage zu den Möglichkeiten der Verwendung von hellem Asphalt

Frau Schundau fragt, ob die Stadtverwaltung die Möglichkeit der Verwendung von hellem Asphalt als Fahrbahndecke prüfen könne. Die Stadt Hamburg habe damit längerfristig große Einsparungen in Bezug auf den Energieverbrauch für die Straßenbeleuchtung erzielt und auch auf der Rheinuferstraße in Köln werde derzeit eine Fahrbahndecke mit hellem Asphalt verlegt. Der helle Asphalt sei nur geringfügig teurer als der normale.

Herr Schmickler antwortet, solange das Geld für nennenswerte Straßensanierungen fehle, sei die Beschäftigung mit diesem Thema theoretisch. Die Verwaltung werde dies jedoch im Auge behalten.

Frau Schundau: Anfrage zum Progymnasium

Frau Schundau fragt, ob der Bürgermeister in Bezug auf das Progymnasium eine Möglichkeit sehe, dass die behinderten Menschen so unterstützt werden könnten, dass sie in ihren Wohnungen verbleiben können.

Herr Urbach antwortet, es gebe intensive Gespräche, um genau für diese Aufgabenstellung eine Lösung zu finden.

Herr Höring: Anfrage zur Einwohnerfragestunde

Herr Höring fragt, ob es nicht einfacher und ökonomischer wäre, die Einwohnerfragestunde zu Beginn (als ersten oder zweiten Tagesordnungspunkt) der Tagesordnung durchzuführen, als immer den genauen Zeitpunkt 18:00 Uhr einhalten zu müssen. Er fragt, ob dies rechtlich möglich sei und ob das Ortsrecht entsprechend geändert werden könne.

Herr Urbach antwortet, das bisherige Verfahren gehe auf eine Entscheidung des Rates zurück und habe die Intention, auch den arbeitenden Einwohnerinnen und Einwohnern die Teilnahme an der Einwohnerfragestunde zu ermöglichen. Diese Regelung könne jedoch jederzeit geändert werden, um eine höhere Verlässlichkeit zu erreichen. Dies solle aus seiner Sicht im Ältestenrat erörtert werden.

Herr Ziffus: Anfragen zum Bahndamm

Herr Ziffus verliest auszugsweise die dieser Niederschrift als Anlage beigefügten Fragen und bittet um Beantwortung.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfragen.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zum Bebauungsplan Nr. 6321

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, ob der Bebauungsplan Nr. 6321 im Kontext des aus seiner Sicht investorenbezogenen Bauvorhabens an der Saaler Mühle nicht zu einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan führen müsse, womit die Planungskosten nach dem Baugesetzbuch dem Investor zu belasten wären.

Herr Schmickler antwortet, es gebe keine Verpflichtung, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan anzuwenden. Es müsse im Einzelfall entschieden werden, welches das bessere Instrument sei. Die Verwaltung schließe jedoch in beiden Fällen regelmäßig mit konkreten Nutznießern Vereinbarungen über die Übernahme der Kosten für bestimmte planerische Leistungen ab. Dies sei auch vorliegend im üblichen Rahmen der Fall und unabhängig von der Form des Bebauungsplanes.

Herr Komenda: Anfrage zur ISG Schlossstraße

Herr Komenda erläutert, die ISG Schlossstrasse verfolge das Ziel, eine gesetzliche ISG zu werden, was er auch sehr befürworte. Er fragt, ob es konkrete Überlegungen gebe, dass die Stadt die ISG in dieser Sache unterstütze und ob es außerdem Überlegungen gebe, die Schlossstraße unabhängig von der Vermietung des Löwencenters zu öffnen.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung überlege an vielen Stellen, wie die Situation in Bensberg verbessert werden könne und es gebe auch vielfältige Kontakte in Bezug auf die Immobilie Löwencenter. Im Bereich der Stadtplanung werde es demnächst einen Ansprechpartner zum Bereich „Stadtteilentwicklung“ geben, der sich neben anderen Schwerpunkten zuvorderst um den Schwerpunkt Bensberg kümmern solle. Die Verwaltung befinde sich im Dialog mit der ISG Schlossstraße zum Thema Öffnung der Fußgängerzone.

Herr Galley: Anfrage zum Produkt „Street View“ der Firma Google

Herr Galley fragt, ob Überlegungen bestünden in Bezug auf die Einführung einer Genehmigungs- und Gebührenpflicht für die Sondernutzung der Straßen im Stadtgebiet zur Erstellung von Aufnahmen für das Produkt „Street View“ durch die Firma Google. Die Stadt Bonn habe ihre Sondernutzungssatzung vor kurzem entsprechend geändert.

Herr Urbach antwortet, die Frage einer Satzungsänderung werde derzeit rechtlich geprüft. Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen habe unter anderem auch darauf hingewiesen, dass einige Kommunen Unterschriftenlisten für die Bürgerinnen und Bürger auslegen würden, um sich gegenüber der Firma Google gegen das Projekt zu wehren. Die Verwaltung überlege, ebenfalls solche Unterschriftenlisten auszulegen.

Herr Galley: Anfrage zur Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr

Herr Galley erläutert, mit erschreckender Regelmäßigkeit und zunehmender Tendenz würden insbesondere an den Haltestellen der Straßenbahnlinie 1 Fahrgäste überfallen. Er fragt, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sehe, in Zusammenarbeit mit Polizei und KVB eine Besserung zu erreichen.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Dr. Metten: Anfrage zum Nicolaus-Cusanus-Gymnasium

Herr Dr. Metten bittet um eine Aufstellung der Bauabschnitte und die damit verbundenen Kosten in Bezug auf das Nicolaus-Cusanus-Gymnasium.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Dr. Metten: Anfrage zu Ehrungen

Herr Dr. Metten fragt, ob die Möglichkeit bestehe, Herrn Neuhäuser die Ehrennadel postum zu verleihen, da der Beschluss zur Ehrung zwar gefasst worden sei, die Ehrung dann jedoch nicht mehr habe vollzogen werden können.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung werde dies überprüfen.

Herr Kamp: Anfrage zu Sondernutzungen

Herr Kamp bittet um Auskunft über die Presseberichte zum Thema Sondernutzungen in Bezug auf die abgeschlossenen mehrjährigen Verträge mit den Betroffenen.

Herr Kremer antwortet, die Satzung sehe es als Standard vor, ermäßigte Sätze für Übergangszeiten geben zu können. Dies sei in Form der benannten Verträge geschehen.

Herr Kamp: Anfrage zur Feuerwache West

Herr Kamp fragt, wann mit dem Bau der Feuerwache West begonnen werde. Der Baubeginn sei für den Mai 2010 vorgesehen gewesen.

Herr Urbach antwortet, es werde im laufenden Jahr mit dem Bau begonnen; ein genauer Zeitpunkt könne derzeit jedoch nicht benannt werden. Herr Schmickler ergänzt, vor einer Freigabe der investiven Haushaltsmittel könnten keine weiteren Schritte veranlasst werden.

Herr Kamp: Anfrage zu Straßensanierungen

Herr Kamp erläutert, Herr Schmickler habe sich in der Sitzung des Infrastrukturausschusses zu den Kosten der Sanierung der Hauptstraßen geäußert und eine sechsstellige Summe genannt, wozu jedoch keine Mittel vorhanden seien. Er fragt, ob dies nicht als unabdingbare Aufgabe gewertet werden könne.

Herr Schmickler antwortet, die Sanierung der Frostschäden auf den Straßen habe aus rechtlicher Sicht keine Priorität. Die Schlaglöcher würden im Rahmen der Straßenbauunterhaltung geschlossen. Die Verwaltung könne auf Grund der Haushaltsystematik derzeit leider nur diese verhältnismäßig unwirtschaftliche Variante wählen.